

An die  
Mitglieder des Kreisausschusses  
des Kreises Warendorf

nachrichtlich:  
allen übrigen Kreistagsmitgliedern

**Geänderte Uhrzeit!**

Warendorf, den 12.04.2021

## **Einladung**

**zur Sitzung des Kreisausschusses  
am Freitag, dem 23.04.2021, um 11:00 Uhr**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie ein zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses

**am Freitag, dem 23.04.2021, um 11:00 Uhr,  
im Großen Ausschusszimmer des Kreishauses Warendorf  
(4. OG, Raum C 4.26).**

## **Tagesordnung:**

### **I. Öffentlicher Teil**

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Bericht der Verwaltung

- |    |   |                 |
|----|---|-----------------|
| 3. | Aktuelle Corona-Lage / Modellregion   | <b>115/2021</b> |
| 4. | Personalstruktur beim Kreis Warendorf – Kennzahlenset 2021  | <b>113/2021</b> |
| 5. | Verzicht auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2020<br><i>Versandt zur Sitzung des Finanzausschusses am 23.04.2021</i>  | <b>083/2021</b> |
| 6. | Wasserstoffbusse für den Kreis Warendorf<br><i>Versandt zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung am 16.04.2021</i>  | <b>092/2021</b> |
| 7. | Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft und zur gemeinsamen Vergabe eines mobilen Datenerfassungssystems im Rettungsdienst<br><i>Versandt zur Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz am 21.04.2021</i> | <b>084/2021</b> |
| 8. | Änderung der Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf<br><i>Versandt zur Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 08.03.2021</i>   | <b>182/2020</b> |
| 9. | Antrag der AfD-Kreistagsgruppe - Umbesetzung von Ausschüssen  | <b>112/2021</b> |

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- |    |   |                 |
|----|---|-----------------|
| 1. | Änderung der Vereinbarung mit dem Trägerverbund Fachdienst Integrationshilfen<br><i>Versandt zur Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 12.04.2021</i> | <b>099/2021</b> |
|----|---|-----------------|

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Olaf Gericke

## Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt <b>Büro des Landrats</b>	Nr. <b>115/2021</b>
--	------------------------

### Betreff:

Aktuelle Corona-Lage / Modellregion

Beratungsfolge	Termin
<b>Kreisausschuss</b> Berichterstattung: LR Dr. Gericke	23.04.2021
<b>Kreistag</b> Berichterstattung: LR Dr. Gericke	07.05.2021

**Zur Kenntnis.**

**Erläuterungen:**

Die Verwaltung berichtet über die aktuellen Auswirkungen der Corona-Pandemie und über den aktuellen Sachstand zum dem Thema „Modellregion“.

1. \_\_\_\_\_  
Amtsleitung
2. \_\_\_\_\_  
Dezernent
3. \_\_\_\_\_  
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen  
Auswirkungen)
4. \_\_\_\_\_  
Landrat

## Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt <b>Büro des Landrats</b>	Nr. <b>113/2021</b>
--	------------------------

### Betreff:

Personalstruktur beim Kreis Warendorf – Kennzahlenset 2021

Beratungsfolge	Termin
<b>Kreisausschuss</b> Berichterstattung: Frau Personaldezernentin Petra Schreier	23.04.2021

### Beschlussvorschlag:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **Erläuterungen:**

Die Verwaltung informiert den Kreisausschuss jährlich über maßgebliche Kennzahlen des Personalmanagements. Dazu legt sie das sogenannte Kennzahlenset vor.

Das Kennzahlenset enthält die wichtigsten Grunddaten über die Entwicklung zu Themen des Personalmanagements. Die aktuellen Kennzahlen sind zum Stichtag 31.12.2020 gebildet worden. Sie lassen sich mit vorherigen Stichtagen vergleichen und zeigen damit die Entwicklungen im Zeitablauf auf.

Am Ende des Jahres 2020 arbeiten 1.431 Menschen für die Kreisverwaltung. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 70 Personen gewachsen. Sie enthält u.a. das Personal der Kontaktnachverfolgung (20 Personen), das Personal im Projekt Werkcampusplus (11 Personen), die sieben Erzieherinnen in der Kita und auch sieben Personen, die ihren Freiwilligendienst in der Kreisverwaltung leisten. Der Stellenplan für das Jahr 2020 weist 987,5 Stellen aus. Die Differenz zwischen der Zahl der Planstellen und der Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat verschiedene Gründe: Zum einen sind für vorübergehend Beschäftigte keine Stellen vorzusehen und zum anderen werden Teilzeitkräften nur Anteile an einer Stelle zugeordnet.

32,4 % aller standardmäßig Beschäftigten arbeiten in Teilzeit (+ 0,9 Prozentpunkte). Der weitere Anstieg der Teilzeitquote hat seine Hauptursache darin, dass viele Mütter aus der Elternzeit zurückkehren und über eine lange Zeit des Berufslebens weiter in Teilzeit arbeiten. Festzustellen ist, dass der Anteil der Teilzeitkräfte, die vollzeitnah zwischen 75 % und weniger als 100 % arbeiten, um weitere drei Prozentpunkte gewachsen ist. Bei der Kreisverwaltung Warendorf können die Beschäftigten über alle Lebensphasen hinweg Privatleben, Familie, Pflege und Beruf hervorragend miteinander vereinbaren.

Insgesamt sind 57,7 % der Beschäftigten weiblich. 43,0 % der Führungspositionen sind mit Frauen besetzt.

Das Kennzahlenset rückt drei wesentliche Bereiche des Personalmanagements in den Fokus:

### **1. Personalplanung**

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der digitalen Transformation und der sich wandelnde Aufgabenprofile der Kreisverwaltung ist die aktuelle und zukünftige Personalplanung ein wichtiges Element des Personalmanagements. Die Kreisverwaltung benötigt nicht nur viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sie benötigt auch neue Kompetenzen und Qualifikationen. Solche neuen Kompetenzen und Qualifikationen vermittelt z.B. der Studiengang Verwaltungsinformatik, in dem die Kreisverwaltung ab Herbst 2021 erstmalig ausbildet.

Für die Personalplanung bedeutsam sind ebenfalls die jeweiligen Zeitpunkte des Ausscheidens aus dem Berufsleben. Diese sind Grundlage für die Entscheidung, ob und wann im welchem Umfang aus- und weitergebildet werden muss. Der Personallücke, die durch das altersbedingte oder freiwillige Ausscheiden von Beschäftigten entsteht, begegnet die Kreisverwaltung mit dem Ausbilden von eigenem Nachwuchs. Der wachsende Personalbedarf in der Leitstelle kann z.B. am Arbeitsmarkt nicht mehr gedeckt werden. Daher bildet die Kreisverwaltung im dritten Jahr hintereinander Brandmeisteranwärter aus.

Die Ausbildungskapazität insgesamt wurde in 2020 ein weiteres Mal gesteigert und zwar auf nunmehr 95 Plätze.

## **2. Personalfindung und -bindung**

Viele gute Gründe sprechen dafür, einen Arbeitsplatz in der Kreisverwaltung zu wählen. Die Kreisverwaltung bietet Ausbildungs- und Arbeitsplätze, die das Gemeinwesen fördern. Sie sind obendrein sicher und krisenfest, was sich gerade in der Pandemie beweist. Hinzu kommen Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf, flexible Arbeitszeitmodelle und flexible Arbeitsorte sowie Weiter- und Fortbildungsmöglichkeiten, Chancengleichheit und Diversität. Diese Pluspunkte stellt das Personalmarketing heraus.

Es gilt, die unterschiedlichen Zielgruppen von Bewerberinnen und Bewerbern an den Orten anzusprechen, an denen sie sich aufhalten. Pandemiebedingt mussten 2020 Präsenzveranstaltungen wie der Azubi-Info-Treff in der Kreisverwaltung, das Schulmarketing und die Berufswahlmessen ausfallen. Die verstärkte Online-Präsenz auf den Social-Media-Kanälen Facebook und Instagram, die neue Karriereseite und die Stellenausschreibungen über das Stellenportal INTERAMT haben sich in der Krise ausgezahlt. Auf dem speziellen Instagram-Account `ausbildung_kreis_warendorf` können sich junge Menschen gezielt über die Ausbildungsgänge, Bewerbungsfristen etc. informieren. Über diesen Kanal werden Stellenausschreibungen zielgruppengenaug verbreitet. Die besten Markenbotschafterinnen und -botschafter sind die Auszubildenden selbst. Sie stellen über Instagram die Ausbildung in der Kreisverwaltung authentisch vor. Dass die Kreisverwaltung beim Azubimarketing auf die richtigen Wege setzt, belegen die Bewerbungszahlen. Für das Ausbildungsjahr 2021 haben sich mit 879 Bewerbungen 168 junge Menschen mehr als im Vorjahr um einen Ausbildungs- oder Studienplatz beworben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zwei Ausbildungsplätze in zwei weiteren Ausbildungs- und Studiengängen angeboten worden sind (Duales Studium Soziale Arbeit, Bachelor of Arts Verwaltungsinformatik).

Die Arbeitgeberattraktivität des Kreises Warendorf kontinuierlich weiterzuentwickeln bleibt eine Daueraufgabe der Personalentwicklung. Mit unterschiedlichen Aktivitäten sollen Bewerberinnen und Bewerber nicht nur auf den Kreis Warendorf aufmerksam gemacht und als neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen, sondern auch langfristig gehalten werden. Freiwillige Arbeitgeberwechsel lassen sich jedoch nicht



immer vermeiden. Im Jahr 2020 verließen 49 Personen die Kreisverwaltung.

Zu den Bindungselementen gehören die alternierende Telearbeit und das mobile Arbeiten. Im Jahr 2020 sind weitere 60 fest eingerichtete Telearbeitsplätze installiert worden. 91 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten mobil per VPN-Tunnel im Kreisnetz. Der Ausbau der Homeoffice-Arbeitsplätze hat dazu beigetragen, den Dienstbetrieb in der Corona-Pandemie sicherzustellen. Mit der Arbeit im Homeoffice sind gleichzeitig die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Büros entlastet worden. Eltern, die gleichzeitig zuhause zu arbeiten und ihre Kinder zu betreuen hatten, ist mit dem Homeoffice ein Instrument an die Hand gegeben worden, das das Arbeiten in Pandemiezeiten erleichtert oder gar erst ermöglicht hat. Für beide Seiten ist eine Win-Win-Situation entstanden. Für 2021 plant die Kreisverwaltung eine weitere Ausweitung von Telearbeitsplätzen und mobiler Arbeit. Über eine Mitarbeiterbefragung sollen die Beschäftigten als Anwenderinnen und Anwender in die Planungen einbezogen werden.

Für 2020 sind erstmals vier Willkommensveranstaltungen für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geplant worden. Hier erfahren die Neulinge alles Wissenswerte rund um das Arbeiten in der Kreisverwaltung. Gleichzeitig können sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander kennenlernen. Die Willkommensveranstaltungen sollen zur sozialen Integration in die Kreisverwaltung beitragen.

Ein besonderes Angebot hat der Kreis Warendorf mit der „Kita Kreishäuschen“ für die Eltern seiner Beschäftigten geschaffen: direkt an das Kreishaus angegliedert können in der Kita bis zu 20 Kinder unter drei Jahren bedarfsgerecht und verlässlich betreut werden, während die Eltern ihrer Arbeit nachgehen. Der Betrieb der Kita ist am 01. Februar 2021 gestartet.

Dass die Kreisverwaltung dem Arbeits- und Gesundheitsschutz einen besonderen Stellenwert beimisst, hat in der Corona-Pandemie die Handlungsfähigkeit der Verwaltung erhalten. Die Unfallkasse NRW hat das Einhalten der Corona-Schutzmaßnahmen überprüft, bestätigt und für sehr gut befunden.

Auf den ersten Blick ist es erstaunlich, dass sich die Gesunden- und Krankheitsquoten während der Pandemie verbessert haben: Die Gesundenquote ist zum Stichtag 31.12.2020 im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozentpunkte auf 33 Prozent gestiegen, die Krankheitsquote ist um 0,7 Prozentpunkte auf 5,3 % gefallen. Die Corona-Abstandsregeln machen es nicht nur dem Coronavirus schwerer. Das Einhalten der Abstands- und Hygieneregeln sorgt dafür, dass sich auch andere Infektionserreger nicht so verbreiten können wie vor der Pandemie.

Die Angebote der Gesundheitsförderung mussten weitestgehend entfallen. Ausgeweitet worden sind allerdings die kostenlosen Gripeschutzimpfungen, weil sie von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stärker nachgefragt worden sind. Sollten die Rahmenbedingungen es künftig erlauben, besteht perspektivisch die Möglichkeit, eine Coronaschutzimpfung über den betriebsärztlichen Dienst anzubieten.

### 3. Personalqualifizierung

Die Corona-Pandemie hat die Arbeit in vielen Bereichen der Kreisverwaltung mit einer Geschwindigkeit verändert, die so nicht abzusehen war. Die Auszubildenden hatten fast ausnahmslos online-Unterricht, viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lernten, unterschiedliche Videokonferenztools zu nutzen, und gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pandemiebekämpfung haben sich nach Schulungen in die neu beschaffte Software Sormas eingearbeitet. Die Digitalisierung der Kreisverwaltung hat durch Corona einen unerwarteten Schub bekommen. Die Beschäftigten zeigen, dass sie zum lebenslangen Lernen bereit und in der Lage sind. Learning by doing ist sehr angesagt.

Neben das oben beschriebene informelle Lernen treten in der Kreisverwaltung verschiedene Weiterbildungsformate wie die Verwaltungslehrgänge I und II, Aufstiegslehrgänge, die modulare Qualifizierung oder die berufsbegleitenden Masterstudiengänge für den Aufstieg in die Laufbahngruppe 2.2, die Facharztweiterbildung für den öffentlichen Gesundheitsdienst, die Qualifizierung zur Notfallsanitäterin/zum Notfallsanitäter oder das interkommunale Mentoring im Münsterland.

Über Fortbildungen passen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre berufliche Handlungsfähigkeit im Job an oder erweitern diese. Zu den Fortbildungen gehören die 30-Stunden-Fortbildungen im Rettungsdienst, die fachbezogenen Seminare und das hausinterne Programm „Qualifizierung, Entwicklung, Training“. Dieses Programm enthält 40 Angebote zu fachübergreifenden Fortbildungen, Bildungsangebote im Bereich Gesundheit und spezielle Veranstaltungen für Auszubildende. Besonderer Wert wird auf die Führungsfortbildung gelegt.

Coronabedingt sind im Jahr 2020 mehrere Veranstaltungen abgesagt oder in das Jahr 2021 verschoben worden. Dennoch haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insgesamt 1.794 Arbeitstage in ihre Fortbildung investiert.

Das Arbeiten im Homeoffice verändert die Zusammenarbeit und den Arbeitsalltag von Führungskräften und Beschäftigten. Sowohl zum Führen auf Distanz als auch zum Selbst- und Zeitmanagement im Homeoffice enthält das Fortbildungsprogramm Angebote. Für 2021 sind bewusst verschiedene Online-Seminare geplant worden, so dass Fortbildung in 2021 möglich bleibt. Durch den Besuch von Online-Seminaren wird die Digitalkompetenz der Beschäftigten ausgebaut. Neue Methoden und neue Tools machen darüber hinaus neugierig auf weitere digitale Innovationen in der Kreisverwaltung und lassen die Beschäftigten erleben, dass sie damit umgehen können.

Anlage:  
Kennzahlenset 2021

1. \_\_\_\_\_  
Amtsleitung
2. \_\_\_\_\_  
Dezernent
3. \_\_\_\_\_  
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen  
Auswirkungen)
4. \_\_\_\_\_  
Landrat

# Kennzahlenset 2021 – Personalstruktur beim Kreis Warendorf

## Grunddaten

Stand: 01.04.2021

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
weiblich	748	783	826
männlich	560	578	605
<b>INSGESAMT</b>	<b>1.308</b>	<b>1.361</b>	<b>1.431</b>

Beamten und Beamte	318	313	322
tariflich Beschäftigte	990	1.048	1.109

davon Auszubildende	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
weiblich	45	43	51
männlich	27	39	44
<b>INSGESAMT</b>	<b>72</b>	<b>82</b>	<b>95</b>

## Bewerbungen

**Entwicklung / Ausblick**

Seit 2017 laufen Bewerbungen online. Dauerausschreibungen werden auf der Website des Kreises veröffentlicht.

Bewerbungen	2017	2018	2019	2020
Stellenausschreibungen	50	71	45	53
Bewerbungen auf Ausschreibungen	965	797	642	683
Bewerbungen pro Stelle	19,3	11,2	14,3	12,9
Initiativbewerbungen	206	124	152	132

## Zahl der Planstellen

**Entwicklung / Ausblick**

Ab 2020 sind die Stellen für die Fleischbeschau nicht mehr in der Planstellenzahl enthalten. In verschiedenen Bereichen reduziert sich der Personalbedarf (Servicestelle Personal, sinkende Fallzahlen in der Grundsicherung, Umstrukturierung), in anderen Bereichen ergibt sich ein höherer Personalbedarf (Mobilitätsmanagement, Elterngeld, Gesundheitsdienst, Jobcenter, Kinderschutz, Schulpsychologie, Immobilienmanagement, Ausländerbehörde).

	2019	2020	2021
Planstellen gesamt	983,5	987,5	999,5
drittfinanziert	40,53 %	40,12 %	39,92 %

## Budgets

**Entwicklung / Ausblick**

Trotz steigender Ausbildungszahlen nähert sich das Budget für die Aus- und Weiterbildung wieder den Werten aus 2019 an. Hintergrund für die hohen Kosten in 2020 sind die Lehrgangsgebühren für die vier im Sommer gestarteten Brandmeisteranwärter.

Budget	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021
Ausbildung und Weiterbildung (ohne Entgelte)	265.000 €	314.200 €	262.500 €
Personalentwicklung und zentrale Fortbildung	146.420 €	154.920 €	176.430 €
Zentrale/-r Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung	107.425 €	115.800 €	119.500 €
Personal-/Versorgungsaufwand	76.895.637 €	81.575.701 €	85.516.159 €
<b>Gesamtbetrag der Aufwendungen</b>	<b>77.414.482 €</b>	<b>82.160.621 €</b>	<b>86.074.589 €</b>

## Personalplanung

(Bedarfsgerechte Personalplanung unter Berücksichtigung der demografischen Faktoren)

## Durchschnittsalter Personal / Verteilung auf Altersgruppen

**Entwicklung / Ausblick**

Das Durchschnittsalter sinkt weiter leicht um 0,3 Jahre. Die Gruppe der bis 30jährigen ist am stärksten gewachsen. Der Kreis hat mehr Auszubildende eingestellt. Diese sind in der Regel in dieser Alterskohorte enthalten.

Altersgruppe	31.12.2019	31.12.2020	
- 30 Jahre	272	301	+ 29
31 – 40 Jahre	312	339	+ 27
41 – 50 Jahre	291	280	- 11
51 – 60 Jahre	358	374	+ 16
ab 61 Jahren	128	137	+ 9
<b>Gesamt Ø</b>	<b>43,9 Jahre</b>	<b>43,5 Jahre</b>	

## Durchschnittsalter Führungskräfte

	31.12.2019	31.12.2020
LR, KD, Dezernatsleitungen	54,6 Jahre	55,6 Jahre
Amtsleitungen	52,0 Jahre	52,3 Jahre
Sachgebietsleitungen	48,5 Jahre	48,4 Jahre
Teamleitungen, sonstige Leitungsfunktionen	46,4 Jahre	45,4 Jahre

## Schwerbehindertenquote

**Entwicklung / Ausblick:**

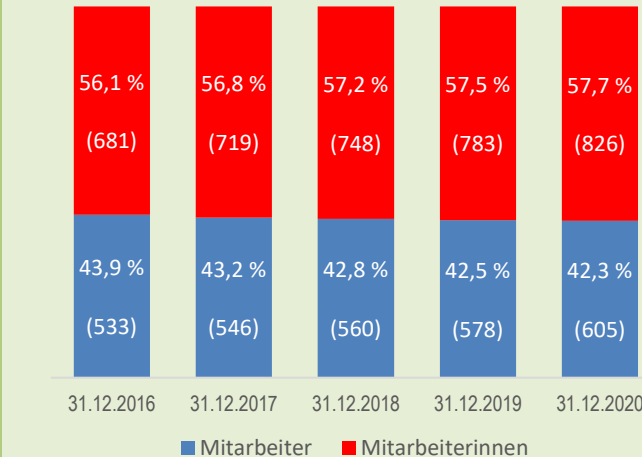
Der Kreis Warendorf als öffentlicher Arbeitgeber ist besonders verpflichtet, schwerbehinderten Menschen eine Arbeit zu geben. Die nach § 71 SGB IX zu berechnende Beschäftigungsquote wird seit Jahren beachtet. Da der Kreis Warendorf auf mehr als 5 % der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen beschäftigt, fällt eine Ausgleichsabgabe nicht an.

	2017	2018	2019	2020
Quote	7,47 % (82)	6,92 % (82)	7,15 % (86)	7,15 % (87)

## Verhältnis Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

**Entwicklung / Ausblick:**

Der Anteil der Mitarbeiterinnen steigt weiter an. Für Männer attraktiv sind insbesondere Berufe im technischen Bereich oder im Feuerwehr- und Rettungsdienst.



## Personalqualifizierung

(Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten und entwickeln)

## Weiterbildungen

**Entwicklung / Ausblick**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rettungswachen haben die Weiterbildungen zur Notfallsanitäterin/zum Notfallsanitäter abgeschlossen. Das Interesse an berufsbegleitenden Masterstudiengängen steigt merklich an.

Aktuell	2018	2019	2020
im Verwaltungslehrgang I	1	2	1
im Verwaltungslehrgang II	11	15	15
Aufstiegsbeamte	3	2	0
Modulare Qualifizierung	2	5	3
Berufsbegleitendes Masterstudium	1	0	6
Mentoring	5	5	5
Notfallsanitäterinnen und -sanitäter	8	12	6

## Fortbildungstage

## Freistellung Ehrenamt

**Entwicklung / Ausblick:**

Pandemiebedingt musste 2020 der Besuch von Präsenzveranstaltungen in vielen Fällen abgesagt werden. Einige Seminare des hausinternen Programms „Qualifizierung, Entwicklung, Training“ sind nach 2021 verschoben worden.

	2018	2019	2020
Fortbildungstage	2.484	2.939,5	1.794
Freistellung Ehrenamt	120	105	57

## Auszubildenden-Quote

**Entwicklung / Ausblick**

Die Azubiquote zum 31.12.2020 ist um weitere 1,2 Prozentpunkte gestiegen.

	2018	2019	2020
Azubi-Quote*	7,3 %	8,4 %	9,6 %
Auszubildende mit Zuwanderungsgeschichte	7	4	8
	10,1 %	4,9 %	8,4 %

\*Azubiquote=Zahl der Auszubildenden im Verhältnis zu den Planstellen in %

## Ausbildungsbewerbungen und -einstellungen

**Entwicklung / Ausblick**

Die Bewerbungszahlen in den Verwaltungsberufen können trotz des demografischen Wandels konstant gehalten werden. Sehr attraktiv bleiben Ausbildungsplätze im Rettungsdienst und in der Feuerwehr.

	2019		2020		2021	
Ausbildungsberufe:	beworben	eingestellt	beworben	eingestellt	beworben	geplant
Bachelor of Laws	189	9	122	8	213*	8
Verwaltungswirt/-in bzw. Verwaltungsfachangestellte/-r	198	12	137	8	135	8
gehobener technischer Dienst	0	0	2	1	19	3
Brandmeisteranwärter/-innen	0	0	76	4	117	2
Notfallsanitäter/-innen	107	4	159	4	179	4
Fachinformatiker/-in	13	1	8	1	17	1
Bachelor of Arts Verwaltungsinformatik	0	0	0	0	7	1
Lebensmittelkontrolleur/-in	30	1	77	1	0	0
Vermessungstechniker/-in	8	2	10	2	0	0
Verwaltungslehrgang II Quereinsteigende	47	4	102	2	104	2
Straßenwärter/-in	2	1	2	1	6	1
Duales Studium Soziale Arbeit	49	2	0	0	68	1
Praxisintegrierte Ausbildung Erzieher/-in	0	0	16	0	14	1

\* zwei Ausschreibungen

## Personalbindung

(Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten und entwickeln – Arbeitgeberattraktivität stärken)

## Teilzeitquote und Telearbeitsplätze

**Entwicklung / Ausblick**

Beide Kennzahlen sind Indikatoren für die hohe Qualität der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege. Die alternierende Telearbeit trägt zur Mitarbeiterbindung bei.

	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
Telearbeitsplätze	73	105	256
Fest eingerichtete Telearbeitsplätze	73	105	165
Tragbare IT-Systeme mit VPN-Tunnel	0	0	91

Teilzeitquote	29,6 %	31,5 %	32,4 %
Teilzeit < 25 %	5 (2 %)	8 (2 %)	10 (3 %)
Teilzeit >= 25 % < 50 %	46 (14 %)	41 (11 %)	43 (11 %)
Teilzeit 50 %	86 (26 %)	100 (27 %)	115 (29 %)
Teilzeit > 50 % <= 75 %	101 (31 %)	104 (29 %)	92 (23 %)
Teilzeit > 75 % < 100 %	93 (28 %)	112 (31 %)	133 (34 %)

## Gesundenquote

**Entwicklung / Ausblick:**

Die Gesundenquote gibt darüber Aufschluss, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keinen Arbeitstag im jeweiligen Jahr versäumt haben. Sie ist von 2019 nach 2020 um drei Prozentpunkte gestiegen.

Die Krankheitsquote zeigt auf, welcher Prozentanteil der Sollarbeitszeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wegen Erkrankung nicht gearbeitet wurde. Die Quote ist um 0,5 Prozentpunkte gefallen.

Jahreskennzahl	2016	2017	2018	2019	2020
Gesundenquote	30 %	26 %	27 %	28 %	33 %
Krankheitsquote	5,7 %	5,9 %	5,9 %	6,0 %	5,3 %

## Ausscheiden auf eigenen Wunsch

**Entwicklung / Ausblick**

Der Fachkräftemangel macht sich insbesondere in technischen Berufen bemerkbar. Dem Wunsch, den Arbeitgeber zu wechseln, kann nur bedingt entgegengewirkt werden. Attraktive Angebote wie Telearbeit und mobiles Arbeiten, die betriebliche Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf sind jetzt umso wichtiger.

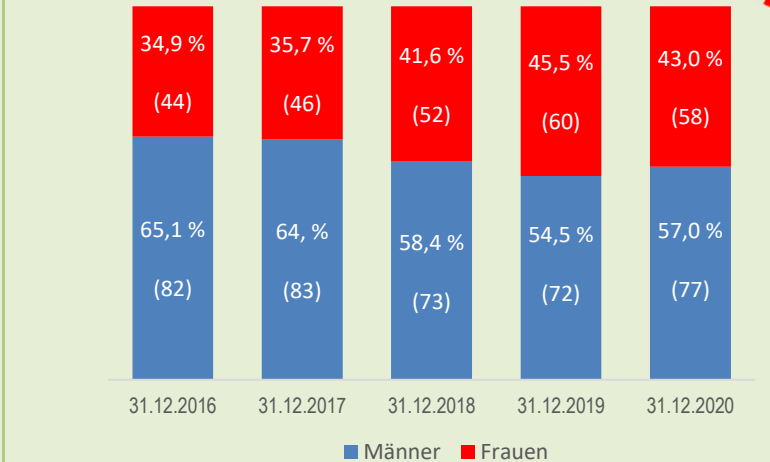
	2016	2017	2018	2019	2020
Ausscheiden auf eigenen Wunsch	35	28	32	41	49

(wegen z.B.: Arbeitgeberwechsel, Studium, Wohnortwechsel, etc., nicht infolge Alters)

## Quote weibliche Führungskräfte

**Entwicklung / Ausblick**

Ende 2020 arbeiten in der Kreisverwaltung 58 Frauen in einer Führungsposition. Damit sind 43 % aller Führungskräfte weiblich. Der fünfköpfigen Leitung der Verwaltung gehören zwei Dezernentinnen an.



## Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt <b>Kämmerei</b>	Nr. <b>083/2021</b>
---------------------------------------	------------------------

### Betreff:

Verzicht auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2020

Beratungsfolge	Termin
<b>Finanzausschuss</b> Berichterstattung: Herr KD/KK Dr. Funke	23.04.2021
<b>Kreisausschuss</b> Berichterstattung: Herr KD/KK Dr. Funke	23.04.2021
<b>Kreistag</b> Berichterstattung: Herr KD/KK Dr. Funke	07.05.2021

### Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Kreises Warendorf beschließt auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2020 zu verzichten.

## Erläuterungen:

Im Jahre 2005 hat der nordrhein-westfälische Gesetzgeber mit dem Gesetz für ein Neues Kommunales Finanzmanagement (NKFG) das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen grundlegend reformiert. Unter anderem wurden die Städte, Gemeinden sowie Umlageverbände in § 116 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen a. F. (GO NRW) verpflichtet, erstmals zum 31.12.2010 Gesamtabschlüsse aufzustellen.

Die Erfahrungen vieler Kommunen mit diesem neuen Instrument haben allerdings gezeigt, dass die hohen Erwartungen nur zum Teil erfüllt werden bzw. der damit verbundene Aufwand in keinem angemessenen Verhältnis zu den zusätzlich gewonnenen Erkenntnissen steht.

Am 01.01.2019 ist das zweite Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (2. NKFWG NRW) in Kraft getreten. Im 2. NKFWG NRW ist in Analogie zum Handelsrecht u. a. neu die Möglichkeit einer Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses eingefügt worden (§ 116 a GO NRW). Dieser Befreiungstatbestand kann und wurde erstmals auf den Gesamtabschluss 2019 angewendet (**s. Sitzungsvorlage Nr. 085/2020**)

Entsprechend ist eine Kommune oder ein Kreis von der Pflicht der Erstellung eines Gesamtabchlusses und eines Gesamtlageberichtes befreit, wenn an den letzten beiden Abschlussstichtagen ihres Jahresabschlusses jeweils mindestens zwei der nachstehenden Merkmale zutreffen:

1. die Bilanzsummen in den Bilanzen der Gemeinde und der einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 GO NRW übersteigen insgesamt nicht mehr als 1.500.000.000 Euro,
2. die der Gemeinde zuzurechnenden Erträge aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung der Gemeinde aus und
3. die der Gemeinde zuzurechnenden Bilanzsummen aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen insgesamt weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Gemeinde aus.

Um die Merkmale zu überprüfen, ist es notwendig, alle Einheiten des Konzerns nach § 116 Abs. 3 GO NRW zu erfassen, sofern im Gesetz oder durch Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist. Gem. § 116b GO NRW müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche von untergeordneter Bedeutung nicht erfasst werden.

Demnach sind der Kreis Warendorf, die Gemeinnützige Gesellschaft zur Kulturförderung im Kreis Warendorf mbH (GKW) sowie die Abfallfallwirtschaftsgesellschaft im Kreis Warendorf mbH mit ihren Töchtern Entsorgungsverbund Westfalen GmbH (ECOWEST), Biologische Abfallbehandlung Westfalen GmbH (BIOWEST) sowie die Kompostwerk Warendorf GmbH einzubeziehen, weil eine direkte bzw. indirekte Beteiligung von größer 50 % vorliegt und eine untergeordnete Bedeutung ausgeschlossen werden kann.

Für die Verzichtsberechnung 2020 sind gem. § 116a Abs. 1 GO NRW die Werte des Jahres 2020 und 2019 heranzuziehen. Da zum Zeitpunkt der Erstellung der Berechnung die Jahresabschlüsse 2020 des Kreises Warendorf und der o. g. Beteiligungen noch nicht vorliegen, wurden die Bilanzwerte sowie die Erträge des Jahres 2019 herangezogen und für die Beteiligungen um 20 Prozent angehoben (Risikopuffer). Ein weiterer Risikopuffer wurde dadurch erzielt, dass die Werte des Kreises Warendorf 2020 nicht um 20 Prozent angehoben wurden. Hierdurch erhalten die einbezogenen Beteiligungen bei zwei Kennzahlen eine höhere Gewichtung. Sobald sämtliche Jahresabschlüsse 2020 vorliegen, wird die Verwaltung eine abschließende Neuberechnung vornehmen und dem Kreistag mit der nächsten Verzichtsberechnung für den Gesamtabchluss 2021 über das Ergebnis berichten.

Die Kontrolle der Verzichtsberechnung für die Erstellung des Gesamtabchlusses 2019 (**s. Sitzungsvorlage Nr. 085/2020**) unter Heranziehung sämtlicher Ist-Werte 2019 hat zu keinem abweichenden Ergebnis geführt. Die Ergebnisse können der **Anlage 1** entnommen werden.

Für die eigentliche Berechnung der genannten größenabhängigen Merkmale hat der Kreis Warendorf auf ein Berechnungstool der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpa NRW) zurückgegriffen.

Alle drei Kriterien werden demnach eindeutig erfüllt. Die Voraussetzung für eine Gesamtabchlussbefreiung 2020 liegen vor. Die Ergebnisse der Berechnung können der **Anlage 2** entnommen werden.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabchlusses 2020 hat der Kreistag innerhalb der Frist gem. § 116a Abs. 2 GO NRW zu entscheiden (bis zum 30.09.2021). Die Entscheidung des Kreistages ist der Bezirksregierung Münster mit der Anzeige des durch den Kreistag festgestellten Jahresabschlusses 2020 vorzulegen.

Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabchlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungsbericht gemäß § 117 GO NRW zu erstellen. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Beschluss des Kreistages in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2020 wird dem Kreistag zum Jahreswechsel vorgelegt.

Anlagen:

Anlage 1 - Kontrolle Befreiung Gesamtabchluss 2019

Anlage 2 - Prüfung Befreiung Gesamtabchluss 2020

1. \_\_\_\_\_  
Amtsleitung
2. \_\_\_\_\_  
Dezernent
3. \_\_\_\_\_  
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen  
Auswirkungen)
4. \_\_\_\_\_  
Landrat



# Prüfung der Befreiungsmöglichkeiten nach § 116a GO NRW zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabschlusses

Datenerfassung

## Rechtliche Grundlage:

Nach § 116a GO NRW müssen mindestens zwei der nachfolgenden drei Kriterien erfüllt sein, damit eine Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses in Betracht kommt:

1. Die Summe der Bilanzen der Kommune und der einzubeziehenden verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Abs. 3 GO NRW darf nicht mehr als 1.500.000.000 Euro betragen.
2. Die der Gemeinde zuzurechnenden (=anteiligen) Erträge der vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche müssen weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Kommune ausmachen.
3. Die der Gemeinde zuzurechnenden (=anteiligen) Bilanzsummen der vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche müssen weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Kommune ausmachen.

Einen Befreiung kommt nur in Betracht, wenn die Kriterien am Abschlussstichtag und dem vorangehenden Jahr erfüllt sind.

## Hinweise:

1. Bitte füllen Sie die untenstehenden Tabellen aus. In der Registerkarte "Asuwertung" wird dann ausgewertet, ob eine Gesamtabchluss-Befreiung in Betracht kommt.

Um die Kriterien überprüfen zu können, ist es notwendig, alle Einheiten des Konzerns nach § 116 Abs. 3 GO NRW zu erfassen. Dabei handelt es sich um die Kommune und alle vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten

2. Aufgabenbereiche. Verselbstständigte Aufgabenbereiche von untergeordneter Bedeutung gemäß § 116b GO NRW müssen nicht erfasst werden.
3. Die Bilanzsummen sowie die Erträge der nicht nach NKF bilanzierenden Einheiten müssen bei der Überprüfung nicht an das NKF angepasst werden.
4. Die Erträge der verselbstständigten Aufgabenbereiche sind in das Schema der NKF-Ergebnisrechnung überzuleiten. Die ordentlichen Erträge sind in die Datenerfassung einzutragen.

## Dateneingabe:

A) Jahr der Befreiung

2019

B) Daten der Kommune

Name der Kommune			Bilanzsumme in Euro				Ordentliche Erträge in Euro			
	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Kreis Warendorf			325.609.226,37	309.147.362,76			435.260.592,71	426.973.406,42		

C) Daten der vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigen Aufgabenbereiche

Name des verselbstständigen Aufgabenbereichs	Beteiligungsquote in Prozent		Bilanzsumme in Euro		Anteilige Bilanzsumme in Euro		Ordentliche Erträge in Euro		Anteilige ordentliche Erträge in Euro	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
1 Gemeinnützige Gesellschaft zur Kulturförderung im Kreis Warendorf mbH	100,0	100,0	17.431.661,35	12.014.820,19	17.431.661,35	12.014.820,19	5.852.788,00	938.520,00	5.852.788,00	938.520,00
2 Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH	67,0	67,0	44.213.129,17	47.498.386,94	29.622.796,54	31.823.919,25	28.187.856,54	20.550.038,48	18.885.863,88	13.768.525,78
3 ECOWEST Entsorgungsverbund Westfalen GmbH	34,2	34,2	6.003.215,91	7.388.065,15	2.051.298,88	2.524.501,86	32.466.921,59	28.814.559,65	11.093.947,11	9.845.935,03
4 Kompostwerk Warendorf GmbH	34,2	34,2	8.380.714,88	9.097.947,06	2.863.690,27	3.108.768,51	3.951.158,50	4.099.630,31	1.350.110,86	1.400.843,68
5 BIOWEST - Biologische Abfallbehandlung Westfalen GmbH	25,6	25,6	7.178.732,86	7.593.185,46	1.837.037,74	1.943.096,16	3.112.350,05	3.184.118,34	796.450,38	814.815,88
<b>Summe</b>			<b>83.207.454,17</b>	<b>83.592.404,80</b>	<b>53.806.484,78</b>	<b>51.415.105,97</b>	<b>73.571.074,68</b>	<b>57.586.866,78</b>	<b>37.979.160,23</b>	<b>26.768.640,37</b>

Name der Kommune

Kreis Warendorf

Jahr der Befreiung

2019

Kriterium 1

Bilanzsumme

Nach § 116a Abs. 1 Nr. 1 GO NRW darf die Summe der Bilanzen der Kommune und der einzubeziehenden verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Abs. 3 GO NRW nicht mehr als 1.500.000.000 Euro betragen.

Berechnung	2019	2018	Auswertung
Bilanzsumme der Kommune	325.609.226,37 €	309.147.362,76 €	<div></div> <div>Das Kriterium ist erfüllt.</div>
+	+	+	
Summe der Bilanzsummen der verselbstständigten Aufgabenbereiche	83.207.454,17 €	83.592.404,80 €	
<div><div></div><div>= &lt; 1.500.000.000,01 € ?</div></div>	<div><div></div><div>= 408.816.680,54 €</div></div>	<div><div></div><div>= 392.739.767,56 €</div></div>	

Kriterium 2

Anteil Erträge

Nach § 116a Abs. 1 Nr. 2 GO NRW müssen die Erträge der vollkonsolidierungs-pflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Kommune ausmachen.

Berechnung	2019	2018	Auswertung
Anteilige ordentliche Erträge der verselbstständigten Aufgabenbereiche	37.979.160,23 €	26.768.640,37 €	<div></div> <div>Das Kriterium ist erfüllt.</div>
/	/	/	
Ordentliche Erträge der Kommune	435.260.592,71 €	426.973.406,42 €	
<div><div></div><div>= &lt; 50,00 % ?</div></div>	<div><div></div><div>= 8,73 %</div></div>	<div><div></div><div>= 6,27 %</div></div>	

Kriterium 3

Anteil Bilanzsumme

Nach § 116a Abs. 1 Nr. 3 GO NRW müssen die Bilanzsummen der vollkonsolidierungs-pflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Kommune ausmachen.

Berechnung	2019	2018	Auswertung
Anteilige Bilanzsummen der verselbstständigten Aufgabenbereiche	53.806.484,78 €	51.415.105,97 €	<div></div> <div>Das Kriterium ist erfüllt.</div>
/	/	/	
Bilanzsumme der Kommune	325.609.226,37 €	309.147.362,76 €	
<div><div></div><div>= &lt; 50,00 % ?</div></div>	<div><div></div><div>= 16,52 %</div></div>	<div><div></div><div>= 16,63 %</div></div>	

Kriterien 1 bis 3

Gesamtauswertung

Nach § 116a GO NRW müssen mindestens zwei der obigen drei Kriterien erfüllt sein, damit eine Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabschlusses in Betracht kommt.

Die Voraussetzungen für eine Gesamtabschlussbefreiung liegen vor.

**Prüfung der Befreiungsmöglichkeiten nach § 116a GO NRW**  
zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabchlusses

Datenerfassung

**Rechtliche Grundlage:**

Nach § 116a GO NRW müssen mindestens zwei der nachfolgenden drei Kriterien erfüllt sein, damit eine Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses in Betracht kommt:

1. Die Summe der Bilanzen der Kommune und der einzubeziehenden verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Abs. 3 GO NRW darf nicht mehr als 1.500.000.000 Euro betragen.
2. Die der Gemeinde zuzurechnenden (=anteiligen) Erträge der vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche müssen weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Kommune ausmachen.
3. Die der Gemeinde zuzurechnenden (=anteiligen) Bilanzsummen der vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche müssen weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Kommune ausmachen.

Einen Befreiung kommt nur in Betracht, wenn die Kriterien am Abschlussstichtag und dem vorangehenden Jahr erfüllt sind.

**Hinweise:**

1. Bitte füllen Sie die untenstehenden Tabellen aus. In der Registerkarte "Asuwertung" wird dann ausgewertet, ob eine Gesamtabchluss-Befreiung in Betracht kommt.

Um die Kriterien überprüfen zu können, ist es notwendig, alle Einheiten des Konzerns nach § 116 Abs. 3 GO NRW zu erfassen. Dabei handelt es sich um die Kommune und alle vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten

2. Aufgabenbereiche. Verselbstständigte Aufgabenbereiche von untergeordneter Bedeutung gemäß § 116b GO NRW müssen nicht erfasst werden.
3. Die Bilanzsummen sowie die Erträge der nicht nach NKF bilanzierenden Einheiten müssen bei der Überprüfung nicht an das NKF angepasst werden.
4. Die Erträge der verselbstständigten Aufgabenbereiche sind in das Schema der NKF-Ergebnisrechnung überzuleiten. Die ordentlichen Erträge sind in die Datenerfassung einzutragen.

**Dateneingabe:**

A) Jahr der Befreiung

2020

B) Daten der Kommune

Name der Kommune			Bilanzsumme in Euro				Ordentliche Erträge in Euro			
	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019
Kreis Warendorf			325.609.226,37	325.609.226,37			435.260.592,71	435.260.592,71		

C) Daten der vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigen Aufgabenbereiche

Name des verselbstständigen Aufgabenbereichs	Beteiligungsquote in Prozent		Bilanzsumme in Euro		Anteilige Bilanzsumme in Euro		Ordentliche Erträge in Euro		Anteilige ordentliche Erträge in Euro	
	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019
1 Gemeinnützige Gesellschaft zur Kulturförderung im Kreis Warendorf mbH	100,0	100,0	20.917.993,62	17.431.661,35	20.917.993,62	17.431.661,35	7.023.345,60	5.852.788,00	7.023.345,60	5.852.788,00
2 Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH	67,0	67,0	53.055.755,00	44.213.129,17	35.547.355,85	29.622.796,54	33.825.427,85	28.187.856,54	22.663.036,66	18.885.863,88
3 ECOWEST Entsorgungsverbund Westfalen GmbH	34,2	34,2	7.203.859,09	6.003.215,91	2.461.558,65	2.051.298,88	38.960.305,91	32.466.921,59	13.312.736,53	11.093.947,11
4 Kompostwerk Warendorf GmbH	34,2	34,2	10.056.857,86	8.380.714,88	3.436.428,33	2.863.690,27	4.741.390,20	3.951.158,50	1.620.133,03	1.350.110,86
5 BIOWEST - Biologische Abfallbehandlung Westfalen GmbH	25,6	25,6	8.614.479,43	7.178.732,86	2.204.445,29	1.837.037,74	3.734.820,06	3.112.350,05	955.740,45	796.450,38
<b>Summe</b>			<b>99.848.945,00</b>	<b>83.207.454,17</b>	<b>64.567.781,74</b>	<b>53.806.484,78</b>	<b>88.285.289,62</b>	<b>73.571.074,68</b>	<b>45.574.992,27</b>	<b>37.979.160,23</b>

Name der Kommune

Kreis Warendorf

Jahr der Befreiung

2020

Kriterium 1

Bilanzsumme

Nach § 116a Abs. 1 Nr. 1 GO NRW darf die Summe der Bilanzen der Kommune und der einzubeziehenden verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Abs. 3 GO NRW nicht mehr als 1.500.000.000 Euro betragen.

Berechnung	2020	2019	Auswertung
Bilanzsumme der Kommune	325.609.226,37 €	325.609.226,37 €	<div></div> <div>Das Kriterium ist erfüllt.</div>
+	+	+	
Summe der Bilanzsummen der verselbstständigten Aufgabenbereiche	99.848.945,00 €	83.207.454,17 €	
<div><div><div>= &lt; 1.500.000.000,01 € ?</div></div></div>	<div><div><div>= 425.458.171,37 €</div></div></div>	<div><div><div>= 408.816.680,54 €</div></div></div>	

Kriterium 2

Anteil Erträge

Nach § 116a Abs. 1 Nr. 2 GO NRW müssen die Erträge der vollkonsolidierungs-pflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Kommune ausmachen.

Berechnung	2020	2019	Auswertung
Anteilige ordentliche Erträge der verselbstständigten Aufgabenbereiche	45.574.992,27 €	37.979.160,23 €	<div></div> <div>Das Kriterium ist erfüllt.</div>
/	/	/	
Ordentliche Erträge der Kommune	435.260.592,71 €	435.260.592,71 €	
<div><div><div>= &lt; 50,00 % ?</div></div></div>	<div><div><div>= 10,47 %</div></div></div>	<div><div><div>= 8,73 %</div></div></div>	

Kriterium 3

Anteil Bilanzsumme

Nach § 116a Abs. 1 Nr. 3 GO NRW müssen die Bilanzsummen der vollkonsolidierungs-pflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Kommune ausmachen.

Berechnung	2020	2019	Auswertung
Anteilige Bilanzsummen der verselbstständigten Aufgabenbereiche	64.567.781,74 €	53.806.484,78 €	<div></div> <div>Das Kriterium ist erfüllt.</div>
/	/	/	
Bilanzsumme der Kommune	325.609.226,37 €	325.609.226,37 €	
<div><div><div>= &lt; 50,00 % ?</div></div></div>	<div><div><div>= 19,83 %</div></div></div>	<div><div><div>= 16,52 %</div></div></div>	

Kriterien 1 bis 3

Gesamtauswertung

Nach § 116a GO NRW müssen mindestens zwei der obigen drei Kriterien erfüllt sein, damit eine Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabschlusses in Betracht kommt.

Die Voraussetzungen für eine Gesamtabschlussbefreiung liegen vor.

## Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt <b>Amt für Planung und Naturschutz</b>	Nr. <b>092/2021</b>
--	------------------------

### Betreff:

Wasserstoffbusse für den Kreis Warendorf

Beratungsfolge	Termin
<b>Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung</b> Berichterstattung: KLD Martin Terwey	16.04.2021
<b>Kreisausschuss</b> Berichterstattung: Ltd. KRD Dr. Herbert Bleicher	23.04.2021
<b>Kreistag</b> Berichterstattung: Ltd. KRD Dr. Herbert Bleicher	07.05.2021

Finanzielle Auswirkungen:

☒ Ja, siehe  
Erläuterungen

☐ nein

### Beschlussvorschlag:

1. Der Kreis Warendorf beauftragt die RVM, zwei Wasserstoffbusse zu beschaffen. Diese sollen auf der Linie R62/63 von Beckum über Ennigerloh und Freckenhorst nach Warendorf zum Einsatz kommen und zwei konventionelle Dieselbusse ersetzen.
2. Der Kreis Warendorf trägt die jährlichen Mehrkosten in Höhe von insgesamt ca. 151.000 bis 201.000 Euro über die Kreisergebnisrechnung der RVM.
3. Die RVM prüft und beantragt in Abstimmung mit der Verwaltung die Möglichkeiten des Einsatzes von Fördermitteln für die Anschaffung und den Betrieb von Wasserstoffbussen.

## **Erläuterungen:**

Bei diesem Vorhaben handelt es sich um ein Modellprojekt zur Entwicklung einer umweltverträglichen Mobilität, das auch im Kreisentwicklungsprogramm WAF2030plus mit einer hohen Priorität enthalten ist. Der Kreis Warendorf und das kommunale Unternehmen RVM können im Bereich der Wasserstoffmobilität und im Hinblick auf die angestrebte Dekarbonisierung des ÖPNV insofern eine Vorreiterrolle einnehmen und Impulse in Richtung anderer Marktteilnehmer im Verkehrsbereich senden.

Durch den Einsatz von zwei Wasserstoffbussen auf der Linie R62/63 ließen sich jährlich ca. 182 t CO<sub>2</sub> einsparen. Die bisher schon guten Feinstaub- und NO<sub>x</sub>-Werte der Diesel-Euro6-Busse werden durch den Betrieb der Wasserstoffbusse nochmals verbessert, da diese überhaupt keine Emissionen ausstoßen, es wird nur Wasserdampf emittiert. Weiterhin sind Wasserstoffbusse leiser als Dieselbusse.

Die RVM hat aufgrund von betrieblichen Parametern gemeinsam mit der Verwaltung die Linie R62/63 für den exemplarischen Einstieg in die Wasserstofftechnologie ausgewählt. Die Regionalbuslinie weist mit 1.300 werktäglichen Kunden hohe Fahrgastzahlen auf und erreicht durch die Präsenz der Fahrzeuge auf den Straßen insofern eine hohe Sichtbarkeit und Reichweite bei ÖPNV-Kunden, aber auch bei Bürgern, die nicht oder nur selten öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Um die Bekanntheit und Akzeptanz der neuen Technologie zu fördern und Erfahrungen im kommunalen Verkehrsunternehmen zu sammeln, sollen zuerst auf dieser Linie wasserstoffbetriebene Busse eingesetzt werden. Die RVM kann durch die hohen Laufleistungen mit Wasserstoffbussen ihre Umläufe wie mit dem Dieselbus abwickeln.

Bereits heute besteht die Möglichkeit, an der H<sub>2</sub>-Tankstelle der Westfalen AG in Münster – Amelsbüren Wasserstoff zu tanken. Die Versorgung dort soll sukzessive auf grünen Wasserstoff umgestellt werden. Zudem laufen weiterhin Gespräche mit einem privaten Tankstellenbetreiber, der überlegt, eine Wasserstofftankstelle in Warendorf in Betrieb zu nehmen. Betankungsvorgänge in Warendorf könnten dann in die Umläufe der Linie R62/63 integriert werden. Grundsätzlich wäre auch die Inbetriebnahme einer eigenen Wasserstofftankstelle auf dem RVM-Betriebshof in Beckum vorstellbar.

Die Verwaltung wird weiterhin auf die Errichtung einer Wasserstofftankstelle im Kreisgebiet hinwirken, um allgemein den Einsatz von Wasserstofffahrzeugen zu fördern und den Betrieb der Wasserstoffbusse wirtschaftlicher und effizienter zu gestalten.

## **Folgekosten**

Die Mehrkosten für die Anschaffung und den Betrieb der zwei geplanten 12m Busse liegen bei einem angenommenen Wasserstoffpreis von derzeit 9,50 Euro pro kg bei mindestens ca. 75.500 Euro pro Bus und Jahr.

Der Preis für Wasserstoff ist staatlich festgelegt und beträgt an den Tankstellen derzeit 9,50 Euro/kg. Ein Zielpreis für Wasserstoff von 4,- bis 5,- Euro/kg könnte in einigen Jahren erreicht werden. Die Höhe der Mehrkosten hängt damit wesentlich vom Wasserstoffpreis ab. Weiterhin ist der Standort der Tankstelle ein großer Einflussfaktor.

Bei einem angenommenen Wasserstoffpreis von derzeit 9,50 Euro pro kg belaufen sich die jährlichen Mehrkosten für den Einsatz von zwei Wasserstoffbussen auf ca. 151.000 Euro. In diesen Mehrkosten sind die jährlichen Fahrzeugkapitalkosten, die jährlichen

laufabhängigen Kosten (ca. 104.000 km/a) und der Mehraufwand durch die externe Betankung der Fahrzeuge in Warendorf (16.000 Euro) berücksichtigt. Eine externe Betankung in Münster-Amelsbüren wäre mit 66.000 Euro bzw. in Rheda-Wiedenbrück mit 48.000 Euro zu veranschlagen.

Nach überschlägigen Berechnungen betragen die jährlichen Mehrkosten unter Berücksichtigung einer eigenen Tankstelle auf dem Betriebshof Beckum insgesamt.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt 2021 keine Auswirkungen, da die Lieferung der Fahrzeuge voraussichtlich erst in 2022/2023 erfolgen wird. Abhängig vom Beratungsergebnis sind die Mehraufwendungen ab 2022 zu veranschlagen.

1. \_\_\_\_\_  
Amtsleitung
2. \_\_\_\_\_  
Dezernent
3. \_\_\_\_\_  
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen  
Auswirkungen)
4. \_\_\_\_\_  
Landrat



## Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt <b>Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr</b>	Nr. <b>084/2021</b>
---	------------------------

### Betreff:

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft und zur gemeinsamen Vergabe eines mobilen Datenerfassungssystems im Rettungsdienst

Beratungsfolge	Termin
<b>Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz</b> Berichterstattung: Herr Ltd. KRD Ralf Holtstiege	21.04.2021
<b>Kreisausschuss</b> Berichterstattung: Frau Ltd. KRD Petra Schreier	23.04.2021
<b>Kreistag</b> Berichterstattung: Frau Ltd. KRD Petra Schreier	07.05.2021

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
<b>Falls ja:</b>		
<b>Im Haushaltsplan vorgesehen:</b>	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Produkt	Nr. 020320	Bez. Rettungsdienst
Ergebnisplanposition oder Investition	Nr. 20.32.001	Bez. Mobile Datenerfassung RettD
<b>Betrag</b> a) für den Zweck veranschlagt und b) nunmehr erforderlich	a) 265.000 EUR b) 265.000 EUR	
<b>1) Investitionsauszahl./einmalige Aufwendungen:</b>	<b>2) Lfd. Aufwendungen (einschl. Abschreibungen) jährlich:</b>	
insgesamt:	EUR	insgesamt: EUR
Beteiligung Dritter:	EUR	Beteiligung Dritter: EUR
Belastung Kreis Warendorf:	EUR	Belastung Kreis Warendorf: EUR

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Entwurfs eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Städten Ahlen, Beckum, Oelde und Warendorf zur Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft und zur gemeinsamen Vergabe eines Systems zur mobilen Datenerfassung im Rettungsdienst abzuschließen.

## Erläuterungen:

Die Träger des Rettungsdienstes sollen darauf hinwirken, dass geeignete Qualitätsmanagementstrukturen geschaffen werden. Diese sollen unter Mitwirkung aller Beteiligten anhand einer differenzierten Datenerfassung und –auswertung eine regelmäßige Analyse der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität des Rettungsdienstes ermöglichen, um daraus etwaige Verbesserungen zu ermitteln und deren Umsetzung zu realisieren (vgl. § 7a Rettungsgesetz NRW).

Im Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Warendorf ist hierfür vorgesehen, eine einheitliche mobile Datenerfassung einzuführen. Mit der Einführung einer digitalisierten Datenerhebung im Einsatzgeschehen ergeben sich u.a. folgende Vorteile:

- vollständige Patientendaten und Befunde (z.B. EKG) können bereits vor dem Eintreffen im Krankenhaus der aufnehmenden Klinik zur Vorbereitung digital übermittelt werden. So wird eine zeitnahe und adäquate Versorgung zeitkritischer Patienten sichergestellt.
- einfache und vollständige Erfassung sowie lesbare Protokolle
- Einlesen fehlerfreier Patientendaten über die Versichertenkarte
- Auswertung der erfassten medizinischen Daten im Zuge der Qualitätssicherung
- einfachere Abrechnung der Einsätze gegenüber den Krankenkassen
- schneller Abruf von Medikamentenlisten mit Wirkung, Kontraindikationen und Mengenabgaben im Bedarfsfall
- Möglichkeit der Fotodokumentation z.B. zum Unfallgeschehen, eingenommener Substanzen, etc., durch eine integrierte Kamera

In den Kreisen Gütersloh, Steinfurt und Borken befinden sich entsprechende Systeme bereits im Einsatz. Die Stadt Münster und der Kreis Coesfeld sind in der Umsetzung. Es ist zudem davon auszugehen, dass zukünftig im Sinne einer einheitlichen Datenerhebung und besseren Vernetzung entsprechende Landesvorgaben erlassen werden.

Der Kreis Warendorf ist Träger des Rettungsdienstes und zugleich Träger der Rettungswachen in Drensteinfurt, Ennigerloh, Ostbevern, Sendenhorst, Telgte und Wadersloh. Die Städte Ahlen, Beckum, Oelde und Warendorf sind Träger eigener Rettungswachen.

Zum Zwecke der Verfahrensvereinfachung und zur Vereinheitlichung soll eine einheitliche Beschaffung durch den Kreis Warendorf gemäß § 23 Absatz 1, 2. Alt. des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) erfolgen. Hierzu ist der Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung notwendig.

Mit der als Entwurf beiliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wird u.a. geregelt, dass der Kreis Warendorf die Projektleitung, die Durchführung des Vergabeverfahrens und die vergaberechtliche Prüfung des Gesamtauftrages übernehmen wird.

Zudem wird geregelt, dass der Kreis Warendorf als Träger des Rettungsdienstes die ihm obliegenden Kosten für die Gesamtprojektsteuerung, die zentrale Hard- und Software (z. B. Server, Anbindung Leitstelle, etc.) sowie die dezentrale Hard- und Software der Rettungswachen des Kreises Warendorf tragen wird. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2021 veranschlagt.

Die Kosten für die dezentrale Hard- und Software, sowie ggf. notwendiger Schnittstellen für eigene Anwendungen (z.B. Krankentransportabrechnung) der Rettungswachen Ahlen, Beckum, Oelde und Warendorf werden durch die jeweiligen Kommunen getragen.

Anlage:  
Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

1. \_\_\_\_\_  
Amtsleitung
2. \_\_\_\_\_  
Dezernent
3. \_\_\_\_\_  
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen  
Auswirkungen)
4. \_\_\_\_\_  
Landrat

## **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft und zur gemeinsamen Vergabe eines mobilen Datenerfassungssystems im Rettungsdienst**

**Zwischen** dem Kreis Warendorf, vertreten durch den Landrat,  
Waldenburger Str. 2, 48231 Warendorf

**und** der Stadt Ahlen, vertreten durch den Bürgermeister,  
Westenmauer 10, 59227 Ahlen

der Stadt Beckum, vertreten durch den Bürgermeister,  
Weststr. 46, 59269 Beckum

der Stadt Oelde, vertreten durch die Bürgermeisterin,  
Ratsstiege 1, 59302 Oelde

der Stadt Warendorf, vertreten durch den Bürgermeister,  
Lange Kesselstr. 4 – 6, 48231 Warendorf

wird gemäß den §§ 1, 23 und 24 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) vom 01.10.1979 (GV. NRW. S. 621) in der zurzeit geltenden Fassung folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen:

### **Präambel**

Im Kreis Warendorf soll für den Regelrettungsdienst im Rahmen eines Projektes eine mobile Datenerfassung eingeführt werden. Neben dem Kreis Warendorf als Träger des Rettungsdienstes sind die Städte Ahlen, Beckum, Oelde und Warendorf als Träger von Rettungswachen im Rettungsdienst tätig.

Mit dem Ziel ein kreisweit einheitliches Datenerfassungssystem zu beschaffen, wird hierzu eine **Beschaffungsgemeinschaft Rettungsdienst** gebildet.

Zum Zwecke der Verfahrensvereinfachung - und Vereinheitlichung soll eine einheitliche Vergabe durch den Kreis Warendorf gemäß § 23 Absatz 1, 2. Alt. GkG NRW erfolgen.

### **§ 1 Zusammenarbeit**

Für die Gesamtdauer des Projektes wurde bereits eine Projektgruppe gegründet. Die Träger von Rettungswachen im Kreisgebiet Warendorf sind mit mindestens einer Person in der Projektgruppe vertreten. Die Gesamtprojektverantwortung liegt beim Kreis Warendorf als Träger des Rettungsdienstes, sodass dieser in allen Projektphasen gegenüber den Auftragnehmern als zentraler Ansprechpartner fungiert.

## **§ 2**

### **Aufgabe der Projektgruppe**

Die Projektgruppe steuert und bearbeitet das Projekt zur Beschaffung, Konfiguration und Implementierung des mobilen Datenerfassungssystems. Hierzu können in den einzelnen Rettungswachen zusätzliche Multiplikatoren beauftragt werden. Der Projektgruppe obliegt darüber hinaus die Erstellung des Leistungsverzeichnisses zwecks Einleitung des Vergabeverfahrens (vgl. dazu nachstehend § 3). Die Projektgruppe verpflichtet sich, der Zentralen Vergabestelle des Kreises spätestens eine Woche vor Einleitung des Vergabeverfahrens eine\*n einheitlichen Ansprechpartner\*in für das Vergabeverfahren nebst Vertretung zu benennen.

## **§ 3**

### **Ausschreibung, Rechnungsprüfung und Vergabe der Leistungen**

Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass die Durchführung des Vergabeverfahrens durch den Kreis Warendorf im Rahmen einer mandatierenden Aufgabenübertragung gemäß § 23 Abs. 1 Alt. 2, Abs. 2 Satz 2 GKG NRW übernommen wird und neben den einschlägigen höherrangigen vergaberechtlichen Vorschriften ausschließlich die Vergabedienstanweisung des Kreises Warendorf in der aktuell gültigen Fassung Anwendung findet. Zu diesem Zweck verpflichten sich die unterzeichnenden kreisangehörigen Kommunen, die dem Vertrag anliegende Vollmacht und Verpflichtungserklärung zu unterzeichnen und spätestens mit Einleitung des Vergabeverfahrens dem Kreis Warendorf – Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr – zuzuleiten.

Die vergaberechtliche Prüfung des Gesamtauftrages erfolgt durch das Amt für Rechnungsprüfung und Beratung des Kreises Warendorf.

## **§ 4**

### **Abrufen der Leistungen**

Auf Grundlage des durch die Projektgruppe erstellten Leistungsverzeichnisses rufen der Kreis Warendorf sowie die Kommunen Ahlen, Beckum, Oelde und Warendorf die Leistungen unter Steuerung der Projektgruppe eigenständig ab. Die Konfiguration der Hard- und Software wird zentral durch den Kreis Warendorf durchgeführt.

## **§ 5**

### **Kosten**

Der Kreis Warendorf trägt die ihm obliegenden Kosten für die Gesamtprojektsteuerung, die zentrale Hard- und Software (z. B. Server, Anbindung Leitstelle, etc.) sowie die dezentrale Hard- und Software der Rettungswachen des Kreises Warendorf.

Die Kosten für die dezentrale Hard- und Software, sowie ggf. notwendiger Schnittstellen für eigene Anwendungen (z.B. Krankentransportabrechnung) der Rettungswachen Ahlen, Beckum, Oelde und Warendorf werden durch die jeweiligen Kommunen getragen.

## **§ 6** **Salvatorische Klausel**

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen in dieser Vereinbarung enthaltenen Bestimmungen. Sofern die unwirksame Bestimmung nicht ersatzlos entfallen kann, verpflichten sich die Parteien dieser Vereinbarung, die unwirksame Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, die der beabsichtigten Zielsetzung am nächsten kommt. Dieses gilt entsprechend, soweit sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.

## **§ 7** **Inkrafttreten**

Diese Vereinbarung wird am Tag nach der Bekanntgabe im Amtsblatt der Bezirksregierung Münster wirksam.

Warendorf, den .....

Ahlen, den .....

Dr. Olaf Gericke  
Landrat  
des Kreises Warendorf

Dr. Alexander Berger  
Bürgermeister  
der Stadt Ahlen

Beckum, den .....

Oelde, den .....

Michael Gerdhenrich  
Bürgermeister  
der Stadt Beckum

Karin Rodeheger  
Bürgermeisterin  
der Stadt Oelde

Warendorf, den .....

Peter Horstmann  
Bürgermeister  
der Stadt Warendorf

**Anlage: Vollmacht und Verpflichtungserklärung**



## Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt <b>Amt für Kinder, Jugendliche und Familien</b>	Nr. <b>182/2020</b>
---	------------------------

### Betreff:

Änderung der Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf

Beratungsfolge	Termin
<b>Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien</b> Berichterstattung: Frau Darpe	08.03.2021
<b>Kreisausschuss</b> Berichterstattung: Frau Klausmeier	23.04.2021
<b>Kreistag</b> Berichterstattung: Frau Klausmeier	07.05.2021

### Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf.

**Erläuterungen:**

Die aktuelle Satzung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien wurde zuletzt am 12.07.2012 geändert. Seither haben sich verschiedene Änderungen ergeben, sodass eine Anpassung der Satzung erforderlich ist.

Die Veränderungen können der beigefügten Synopse entnommen werden.

Anlagen:

Synopse Satzungsentwurf

Satzungsentwurf

1. \_\_\_\_\_  
Amtsleitung
2. \_\_\_\_\_  
Dezernent
3. \_\_\_\_\_  
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen  
Auswirkungen)
4. \_\_\_\_\_  
Landrat

# Satzung

## für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf

vom xx.xx.2021

Der Kreistag des Kreises Warendorf hat am xx.xx.2021 aufgrund der §§ 69 ff. des Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – SGB VIII - (Artikel 1 des Gesetzes vom 26.06.1990, BGBl. I S. 1163) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Artikel 16a des Gesetzes vom 28. April 2020 (BGBl. I S. 960), des § 3 Abs. 2 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – AG-KJHG – vom 12. Dezember 1990 (GV NRW S. 497), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 21. Juli 2018 (GV. NRW S. 414) und des § 5 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW. S. 646) zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV NRW. S. 218), folgende Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien beschlossen:

### I. Amt für Kinder, Jugendliche und Familien

#### **§ 1 – Aufbau des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien**

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien besteht aus dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien und der Verwaltung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien.

#### **§ 2 – Zuständigkeit des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien**

- (1) Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien nimmt die gesetzlichen Aufgaben des Jugendamtes wahr.
- (2) Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien ist nach Maßgabe des Sozialgesetzbuch – Achten Buch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), der dazu erlassenen Ausführungsgesetze und dieser Satzung für alle Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Gebiet des Kreises Warendorf zuständig.
- (3) Es ist nicht zuständig, für das Gebiet der Städte Ahlen, Beckum und Oelde, soweit nicht durch Gesetz oder Verordnung etwas Anderes bestimmt wird.

### **§ 3 – Aufgaben des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien**

- (1) Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien ist Mittel- und Sammelpunkt aller Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe. Die Entfaltung der Persönlichkeit des jungen Menschen sowie die Stärkung und Erhaltung der Erziehungskraft der Familie sollen bei allen Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe im Vordergrund stehen.
- (2) Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien soll sich um eine enge Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe und allen behördlichen Stellen bemühen, die sich mit Angelegenheiten der Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen sowie der Familien befassen. Es hat dabei die Selbständigkeit der freien Träger in Zielsetzung und Durchführung der Jugendhilfesaufgaben sowie in der Gestaltung ihrer Organisationsstruktur zu achten.

## **II. Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien**

### **§ 4 – Mitglieder**

- (1) Dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien gehören 15 stimmberechtigte Mitglieder gem. § 4 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG -KJHG) und weitere beratende Mitglieder gem. Absatz 4 an.
- (2) Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder nach § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII - Mitglieder des Kreistages oder von ihm gewählte Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind - beträgt 9. Die Zahl der Mitglieder nach § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII - Männer und Frauen, die von den im Bereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien wirkenden und anerkannten freien Trägern der Jugendhilfe vorgeschlagen sind - beträgt 6. Vorschläge der Jugendverbände und der Wohlfahrtsverbände sind angemessen zu berücksichtigen.
- (3) Die Mitglieder werden vom Kreistag gewählt. Für jedes Mitglied ist eine persönliche Stellvertretung zu wählen. Das Wahlverfahren richtet sich nach dem Ersten Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG-KJHG), der Kreisordnung (KrO NRW) und der Geschäftsordnung des Kreistages. Bei der Wahl sind Frauen angemessen zu berücksichtigen. Ziel ist es, ein paritätisches Geschlechterverhältnis anzustreben.
- (4) Als beratende Mitglieder gehören dem Ausschuss gem. § 5 Abs. 1 AG-KJHG sowie des § 41 Abs. 3 S. 7 ff. Kreisordnung NRW (KrO NRW) an:

- a) der Landrat/ die Landrätin oder eine von ihr/ihm bestellte Vertretung;
- b) die Leiterin/der Leiter des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien oder deren/dessen Vertretung;
- c) eine Richterin/ein Richter des Vormundschaftsgerichtes oder des Familiengerichtes oder eine Jugendrichterin/ein Jugendrichter, die/der von der Präsidentin/dem Präsidenten des Landgerichts Münster bestellt wird;
- d) eine Vertreterin/ein Vertreter der Arbeitsverwaltung, die/der von der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Ahlen-Münster bestellt wird;
- e) eine Vertreterin/ein Vertreter der Schulen, die/der von der Bezirksregierung Münster bestellt wird;
- f) eine Vertreterin/ein Vertreter der Polizei, die/der von der Landrätin/dem Landrat als Kreispolizeibehörde bestellt wird;
- g) je eine Vertretung der katholischen Kirche und der evangelischen Kirche sowie der jüdischen Kultusgemeinde, falls Gemeinden dieses Bekenntnisses im Bezirk des Amtes für Kinder, Jugendliche bestehen; sie werden von der zuständigen Stelle der Religionsgemeinschaften bestellt;
- h) eine Vertreterin/ ein Vertreter des Integrationsrates oder Integrationsausschusses, die oder der durch den Integrationsrat oder Integrationsausschuss gewählt wird;
- i) eine Vertreterin oder ein Vertreter aus dem Jugendamtselternbeirat;
- j) weitere beratende Mitglieder, sofern der Fall des § 41 Abs. 3 Satz 7 ff. KrO NRW eintritt. Dies gilt für Gruppen ohne Fraktionsstatus entsprechend.

Für jedes beratende Mitglied nach Buchstaben c) bis j) ist eine persönliche Vertretung zu bestellen.

- (5) Darüber hinaus kann der Kreistag bis zu 4 weitere sachkundige Frauen oder Männer, die von den im Bereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien wirkenden anerkannten freien Trägern der Jugendhilfe vorgeschlagen sind, als beratende Mitglieder berufen. Diese sollen jeweils nicht stimmberechtigt vertretenen Trägern (Abs. 2 2. Halbsatz) angehören. Gleichzeitig kann je eine persönliche Vertretung bestellt werden.

## **§ 5 – Aufgaben des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien**

- (1) Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien befasst sich mit den Angelegenheiten der Jugendhilfe. Er erörtert aktuelle Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien und befasst sich mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe. Er beschließt im Rahmen der vom Kreistag bereitgestellten Mittel dieser Satzung und der vom Kreistag gefassten Beschlüsse über die Angelegenheiten der Jugendhilfe.

Er soll vor jeder Beschlussfassung des Kreistages in Fragen der Jugendhilfe gehört werden. Er hat das Recht, an den Kreistag Anträge zu stellen.

- (2) Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien hat vor allem folgende Aufgaben:

1. Die Aufstellung von Richtlinien und Grundsätzen für

- a) die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe,
- b) die Festsetzung der Leistungen oder der Hilfe zur Erziehung, soweit diese nicht durch Landesrecht geregelt werden,
- c) die Beteiligung von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe an der Durchführung von Aufgaben oder die Übertragung dieser Aufgaben zur Ausführung nach § 76 SGB VIII,
- d) die fachliche Arbeit des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien.

2. Die Entscheidung über

- a) die Jugendhilfeplanung (§ 80 SGB VIII) in Verbindung mit § 33 Abs. 2 Kinderbildungsgesetz (KiBiz),
- b) die Förderung der Träger der freien Jugendhilfe (§ 74 SGB VIII),
- c) die öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 25 AG-KJHG,
- d) die Gewährung von freiwilligen Zuschüssen zu den Investitionskosten der Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege,
- e) die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen (§ 35 Jugendgerichtsgesetz),

## Entwurfsfassung

- f) die Aufnahme von Kindertageseinrichtungen in die örtliche Jugendhilfeplanung als Familienzentren (§ 42 Abs. 1 S. 3 Kibiz).

- 3. Die Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe.
- 4. Anhörung vor der Berufung der Leiterin/des Leiters der Verwaltung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien.

### **§ 6 – Unterausschüsse**

- (1) Für einzelne Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe können bei Bedarf Unterausschüsse ohne Entscheidungsbefugnis gebildet werden. Die Mitglieder der Unterausschüsse werden vom Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien aus seinen ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern gewählt. Er bestimmt auch die Vorsitzende/den Vorsitzenden und ihre/seine Stellvertretung.

### **§ 7 – Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Am gleichen Tage tritt die Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf vom 12.07.2012 außer Kraft.



Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
<p>Der Kreistag des Kreises Warendorf hat am 06.07.2012 aufgrund der §§ 69 ff. des Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – SGB VIII -(Artikel 1 des Gesetzes vom 26.06.1990, BGBl. I S. 1163) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.12.2006 (BGBl. I S. 3134), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 2975), des § 3 Abs. 2 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – AG-KJHG – vom 12.12.1990 (GV NRW S. 497), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14.02.2012 (GV. NRW S. 97) und des § 3 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW. S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV NRW. S. 685) folgende Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien beschlossen:</p>	<p>Der Kreistag des Kreises Warendorf hat am <b>xx.xx.2021</b> aufgrund der §§ 69 ff. des Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – SGB VIII - (Artikel 1 des Gesetzes vom 26.06.1990, BGBl. I S. 1163) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch <b>Artikel 16a</b> des Gesetzes vom <b>28. April 2020</b> (BGBl. I S. 960), des § 3 Abs. 2 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – AG-KJHG – vom 12. Dezember 1990 (GV NRW S. 497), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom <b>21. Juli 2018</b> (GV. NRW <b>S. 414</b>) und des <b>§ 5</b> der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW. S. 646) zuletzt geändert durch <b>Artikel 5 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV NRW. S. 218)</b>, folgende Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien beschlossen:</p>	<p>Rechtsgrundlagen aktualisiert</p>

Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
	<b><u>I. Amt für Kinder, Jugendliche und Familien</u></b>	Gliederung der Satzung in zwei Abschnitte
<p style="text-align: center;"><b>§ 1</b> <b>Aufbau des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien</b></p> <p>Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien besteht aus dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien und der Verwaltung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien.</p>		§§ 1 – 3 unverändert
<p style="text-align: center;"><b>§ 2</b> <b>Zuständigkeit des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien</b></p> <p>(1) Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien nimmt die gesetzlichen Aufgaben des Jugendamtes wahr.</p> <p>(2) Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien ist nach Maßgabe des Sozialgesetzbuch – Achtes Buch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), der dazu erlassenen Ausführungsgesetze und dieser</p>		

Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
<p>Satzung für alle Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Gebiet des Kreises Warendorf zuständig.</p> <p>(3) Es ist nicht zuständig, für das Gebiet der Städte Ahlen, Beckum und Oelde, soweit nicht durch Gesetz oder Verordnung etwas Anderes bestimmt wird.</p>		
<p><b>§ 3</b> <b>Aufgaben des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien</b></p> <p>(1) Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien ist Mittel- und Sammelpunkt aller Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe. Die Entfaltung der Persönlichkeit des jungen Menschen sowie die Stärkung und Erhaltung der Erziehungskraft der Familie sollen bei allen Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe im Vordergrund stehen.</p> <p>(2) Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien soll sich um eine enge Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe und allen behördlichen</p>		

Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
<p>Stellen bemühen, die sich mit Angelegenheiten der Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen sowie der Familien befassen. Es hat dabei die Selbständigkeit der freien Träger in Zielsetzung und Durchführung der Jugendhilfeaufgaben sowie in der Gestaltung ihrer Organisationsstruktur zu achten.</p>		
	<b><u>II. Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien</u></b>	
<p><b>§ 4</b> <b>Mitglieder des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien</b></p> <p>(1) Dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien gehören 15 stimmberechtigte Mitglieder gem. § 4 AG-KJHG und 8 beratende Mitglieder gem. § 5 AG-KJHG an.</p> <p>(2) Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder nach § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII - Mitglieder des Kreistages oder von ihm gewählte Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind - beträgt 9. Die Zahl der Mitglieder nach § 71 Abs. 1 Ziffer</p>	<p><b>§ 4</b> <b>Mitglieder</b></p> <p>(1) Dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien gehören 15 stimmberechtigte Mitglieder gem. § 4 <b>des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes</b> (AG-KJHG) und <b>weitere</b> beratende Mitglieder gem. Absatz 4 an.</p> <p>(2) Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder nach § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII - Mitglieder des Kreistages oder von ihm gewählte Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind - beträgt 9. Die Zahl der Mitglieder nach § 71</p>	<p>Anpassung an Änderung des § 5 AG KJHG</p>

Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
<p>2 SGB VIII - Männer und Frauen, die von den im Bereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien wirkenden und anerkannten freien Trägern der Jugendhilfe vorgeschlagen sind - beträgt 6. Vorschläge der Jugendverbände und der Wohlfahrtsverbände sind angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>Die Mitglieder werden vom Kreistag gewählt. Für jedes Mitglied ist eine persönliche Stellvertretung zu wählen. Das Wahlverfahren richtet sich nach dem Ersten Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG-KJHG), der Kreisordnung (KrO NRW) und der Geschäftsordnung des Kreistages. Bei der Wahl sind Frauen angemessen zu berücksichtigen. Ziel ist es, ein paritätisches Geschlechterverhältnis anzustreben.</p> <p>(3) Als beratende Mitglieder gehören dem Ausschuss an:</p>	<p>Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII - Männer und Frauen, die von den im Bereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien wirkenden und anerkannten freien Trägern der Jugendhilfe vorgeschlagen sind - beträgt 6. Vorschläge der Jugendverbände und der Wohlfahrtsverbände sind angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>(3) Die Mitglieder werden vom Kreistag gewählt. Für jedes Mitglied ist eine persönliche Stellvertretung zu wählen. Das Wahlverfahren richtet sich nach dem Ersten Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG-KJHG), der Kreisordnung (KrO NRW) und der Geschäftsordnung des Kreistages. Bei der Wahl sind Frauen angemessen zu berücksichtigen. Ziel ist es, ein paritätisches Geschlechterverhältnis anzustreben.</p> <p>(4) Als beratende Mitglieder gehören dem Ausschuss gem. § 5 Abs.1 AG-KJHG sowie des § 41 Abs. 3 S. 7 ff Kreisordnung NRW (KrO NRW) an:</p>	<p>Bestehenden Text als neuen Absatz eingefügt</p> <p>Änderung des Absatzes und Konkretisierung der Rechtsgrundlagen</p>

Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
<ul style="list-style-type: none"> <li>a) der Landrat/die Landrätin oder eine von ihr/ihm bestellte Vertretung;</li> <li>b) die Leiterin/der Leiter der Verwaltung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien oder deren/dessen Vertretung</li> <li>c) eine Richterin/ein Richter des Vormundschaftsgerichtes oder des Familiengerichtes oder eine Jugendrichterin/ein Jugendrichter, die/der von der Präsidentin/dem Präsidenten des Landgerichts Münster bestellt wird;</li> <li>d) eine Vertreterin/ein Vertreter der Arbeitsverwaltung, die/der von der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Ahlen (ab 01.10.2012 Agentur für Ahlen-Münster) bestellt wird;</li> <li>e) eine Vertreterin/ein Vertreter der Schulen, die/der von der Bezirksregierung bestellt wird;</li> <li>f) eine Vertreterin/ein Vertreter der Polizei, die/der von dem Landrat als Kreispolizeibehörde bestellt wird;</li> <li>g) je eine Vertretung der katholischen Kirche und der evangelischen Kirche; sie werden von der</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>a) der Landrat/ die Landrätin oder eine von ihr/ihm bestellte Vertretung;</li> <li>b) die Leiterin/der Leiter <b>der Verwaltung</b> des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien oder deren/dessen Vertretung;</li> <li>c) eine Richterin/ein Richter des Vormundschaftsgerichtes oder des Familiengerichtes oder eine Jugendrichterin/ein Jugendrichter, die/der von der Präsidentin/dem Präsidenten des Landgerichts Münster bestellt wird;</li> <li>d) eine Vertreterin/ein Vertreter der Arbeitsverwaltung, die/der von der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Ahlen-<b>Münster</b> (<b>ab 01.10.2012 Agentur für Ahlen-Münster</b>) bestellt wird;</li> <li>e) eine Vertreterin/ein Vertreter der Schulen, die/der von der Bezirksregierung <b>Münster</b> bestellt wird;</li> <li>f) eine Vertreterin/ein Vertreter der Polizei, die/der von <b>der Landrätin</b>/dem Landrat als Kreispolizeibehörde bestellt wird;</li> <li><b>g)</b> je eine Vertretung der katholischen Kirche und der evangelischen Kirche <b>sowie der jüdischen</b></li> </ul>	

Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
zuständigen Stelle der Religionsgemeinschaften bestellt;	<u>Kultusgemeinde, falls Gemeinden dieses Bekenntnisses im Bezirk des Amtes für Kinder, Jugendliche bestehen:</u> sie werden von der zuständigen Stelle der Religionsgemeinschaften bestellt;	Orientierung am Gesetzeswortlaut (§ 5 Abs.1 Nr.7 AG-KJHG)
	h) <u>eine Vertreterin/ ein Vertreter des Integrationsrates oder Integrationsausschusses, die oder der durch den Integrationsrat oder Integrationsausschuss gewählt wird:</u>	Orientierung am Gesetzeswortlaut (§ 5 Abs.1 Nr.8 AG-KJHG)
	i) <u>eine Vertreterin oder ein Vertreter aus dem Jugendamtselternbeirat</u>	Orientierung am Gesetzeswortlaut (§ 5 Abs.1 Nr.9 AG-KJHG) -bisher eigener Absatz 4
	j) <u>weitere beratende Mitglieder, sofern der Fall des § 41 Abs.3 Satz 7ff KrO NRW eintritt. Dies gilt für Gruppen ohne Fraktionsstatus entsprechend.</u>	§ 41 KrO NRW Bildung von Ausschüssen
Für jedes beratende Mitglied nach Buchstaben c) bis g) ist eine persönliche Vertretung zu bestellen.	Für jedes beratende Mitglied nach Buchstaben c) bis <u>j</u> ) ist eine persönliche Vertretung zu bestellen.	

Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
<p>(4) Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Jugendamtselternbeirates gehört dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien als beratendes Mitglied an. Gleichzeitig kann eine persönliche Vertretung benannt werden. Die Benennung erfolgt durch den Jugendamtselternbeirat.</p> <p>(5) Darüber hinaus kann der Kreistag bis zu 4 weitere sachkundige Frauen oder Männer, die von den im Bereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien wirkenden anerkannten freien Trägern der Jugendhilfe vorgeschlagen sind, als beratende Mitglieder berufen. Diese sollen jeweils nicht stimmberechtigt vertretenen Trägern (Abs. 2 2. Halbsatz) angehören. Gleichzeitig kann je eine persönliche Vertretung bestellt werden.</p>	<p><del>(4) Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Jugendamtselternbeirates gehört dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien als beratendes Mitglied an. Gleichzeitig kann eine persönliche Vertretung benannt werden. Die Benennung erfolgt durch den Jugendamtselternbeirat.</del></p> <p>(5) Darüber hinaus kann der Kreistag bis zu 4 weitere sachkundige Frauen oder Männer, die von den im Bereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien wirkenden anerkannten freien Trägern der Jugendhilfe vorgeschlagen sind, als beratende Mitglieder berufen. Diese sollen jeweils nicht stimmberechtigt vertretenen Trägern (Abs. 2 2. Halbsatz) angehören. Gleichzeitig kann je eine persönliche Vertretung bestellt werden.</p>	<p>Seit dem 01.08.2014 gesetzlich verpflichtend; vorher freiwilliger Sitz als beratendes Mitglied. Neu unter Abs.4 Buchstabe i).</p>



Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
<p style="text-align: center;"><b>§ 5</b></p> <p><b>Aufgaben des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien</b></p> <p>(1) Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien befasst sich mit den Aufgaben der Jugendhilfe. Er erörtert aktuelle Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien und befasst sich mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe. Er beschließt im Rahmen der vom Kreistag bereitgestellten Mittel, dieser Satzung und der vom Kreistag gefassten Beschlüsse über die Angelegenheiten der Jugendhilfe.</p> <p>Er soll vor jeder Beschlussfassung des Kreistages in Fragen der Jugendhilfe gehört werden. Er hat das Recht, an den Kreistag Anträge zu stellen.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 5</b></p> <p><b>Aufgaben des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien</b></p> <p>(1) Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien befasst sich mit den <del>Aufgaben</del><b>Angelegenheiten</b> der Jugendhilfe. Er erörtert aktuelle Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien und befasst sich mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe. Er beschließt im Rahmen der vom Kreistag bereitgestellten Mittel, dieser Satzung und der vom Kreistag gefassten Beschlüsse über die Angelegenheiten der Jugendhilfe.</p> <p>Er soll vor jeder Beschlussfassung des Kreistages in Fragen der Jugendhilfe und gehört werden. Er hat das Recht, an den Kreistag Anträge zu stellen.</p>	

Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
<p>(2) Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien hat vor allem folgende Aufgaben:</p> <p>1. Die Aufstellung von Richtlinien und Grundsätzen für</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe,</li> <li>b) die Festsetzung der Leistungen oder der Hilfe zur Erziehung, soweit diese nicht durch Landesrecht geregelt werden.</li> </ul> <p>2. Die Entscheidung über</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) die Jugendhilfeplanung die Jugendhilfeplanung (§ 80 SGB VIII) in Verbindung mit § 19 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz (KiBiz),</li> <li>b) die Förderung der Träger der freien Jugendhilfe (§ 74 SGB VIII),</li> </ul>	<p>(2) Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien hat vor allem folgende Aufgaben:</p> <p>1. Die Aufstellung von Richtlinien und Grundsätzen für</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe,</li> <li>b) die Festsetzung der Leistungen oder der Hilfe zur Erziehung, soweit diese nicht durch Landesrecht geregelt werden.</li> </ul> <p>2. Die Entscheidung über</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) die Jugendhilfeplanung (§ 80 SGB VIII) in Verbindung mit § 33 Abs. 2 Kinderbildungsgesetz (KiBiz),</li> <li>b) die Förderung der Träger der freien Jugendhilfe (§ 74 SGB VIII),</li> </ul>	<p>Aktualisierung der Rechtsgrundlage</p>

Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
<p>c) die öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 25 AG-KJHG,</p> <p>d) die Gewährung von Zuschüssen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe zu den Kosten für den Bau (Neubau, Ausbau), Einrichtung von Tageseinrichtungen für Kinder sowie Zuschüsse zu Sanierungsmaßnahmen,</p> <p>e) die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen (§ 35 Jugendgerichtsgesetz).</p> <p>3. Die Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe.</p>	<p>c) die öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 25 AG-KJHG,</p> <p>d) die Gewährung von <u>freiwilligen</u> Zuschüssen <del>des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe zu den</del> <u>Investitionskosten</u> der Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege. <del>zu den Kosten für den Bau (Neubau, Ausbau), Einrichtung von Tageseinrichtungen für Kinder sowie Zuschüsse zu Sanierungsmaßnahmen,</del></p> <p>e) die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen (§ 35 Jugendgerichtsgesetz).</p> <p><u>f) die Aufnahme von Kindertageseinrichtungen in die örtliche Jugendhilfeplanung als Familienzentren (§ 42 Abs. 1 S. 3 Kibiz).</u></p> <p>3. Die Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe.</p>	<p>Konkretisierung der Entscheidungskompetenz des Ausschusses.</p>

Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
<p>4. Anhörung vor der Berufung der Leiterin/des Leiters der Verwaltung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien.</p>	<p>4. Anhörung vor der Berufung der Leiterin/des Leiters der Verwaltung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien.</p>	
<p style="text-align: center;"><b>§ 6</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Unterausschüsse</b></p> <p>Für einzelne Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe können bei Bedarf Unterausschüsse ohne Entscheidungsbefugnis gebildet werden. Die Mitglieder der Unterausschüsse werden vom Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien aus seinen ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern gewählt. Er bestimmt auch die Vorsitzende/den Vorsitzenden und ihre/seine Stellvertretung.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 6</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Unterausschüsse</b></p> <p>(1) Für einzelne Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe, können bei Bedarf Unterausschüsse ohne Entscheidungsbefugnis gebildet werden. Die Mitglieder der Unterausschüsse werden vom Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien aus seinen ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern gewählt. Er bestimmt auch die Vorsitzende/den Vorsitzenden und ihre/seine Stellvertretung.</p>	

Ursprungsfassung	Änderungen	Begründung/ Erläuterungen
<p style="text-align: center;"><b>§ 7</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Inkrafttreten</b></p> <p>Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Am gleichen Tage tritt die Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf vom 21.09.2001 außer Kraft.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 7</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Inkrafttreten</b></p> <p>Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Am gleichen Tage tritt die Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf vom <u>12.07.2012</u> außer Kraft.</p>	

## Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt <b>Büro des Landrats</b>	Nr. <b>112/2021</b>
--	------------------------

### Betreff:

Antrag der AfD-Kreistagsgruppe - Umbesetzung von Ausschüssen

Beratungsfolge	Termin
<b>Kreisausschuss</b> Berichterstattung: LR Dr. Gericke	23.04.2021
<b>Kreistag</b> Berichterstattung: LR Dr. Gericke	07.05.2021

### Beschlussvorschlag:

Auf den anliegenden Antrag „Umbesetzung von Ausschüssen“ der AfD-Kreistagsgruppe vom 26.03.2021 wird verwiesen.

**Anlage:**  
Umbesetzungen von Ausschüssen

1. \_\_\_\_\_  
Amtsleitung
2. \_\_\_\_\_  
Dezernent
3. \_\_\_\_\_  
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen  
Auswirkungen)
4. \_\_\_\_\_  
Landrat



Ö 9

AfD im Kreistag Warendorf, Postfach 1117,  
48318 Sendenhorst

Kreis Warendorf  
Herr Landrat Dr. Gericke  
Waldenburger Straße 2  
48321 Warendorf



Datum  
26.03.2021

Antrag Umbesetzung von Ausschüssen

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

wir beantragen hiermit die nachfolgenden Änderungen in der Besetzung:

Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien

Bisher: Dr. Klaus Blex

Neu: Dennis Dinter

Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien - **Stellvertreter**

Bisher: Dennis Dinter

Neu: Sylvia Rust

Beirat Menschen mit Behinderungen

Bisher: Dr. Klaus Blex

Neu: Sylvia Rust

Beirat Jobcenter

Bisher: Dr. Klaus Blex

Neu: Sylvia Rust

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Blex  
Fraktionsvorsitzender